

18. November 2009

Medienmitteilung

Regierung nimmt weder Klimaschutz noch Landrat ernst: fauler und untauglicher Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Weg vom Öl – hin zu erneuerbaren Energien“

Die Regierung ist unfähig, zur Volksinitiative „Weg vom Öl- hin zu erneuerbaren Energien“ der Grünen Baselland einen zukunftsweisenden Gegenvorschlag zu unterbreiten. Der völlig missglückte Gegenvorschlag zeugt zudem von wenig Respekt gegenüber dem Parlament, das dem Regierungsrat klare inhaltliche Vorgaben in Auftrag gegeben hat. Die Grünen Baselland lehnen den untauglichen Gegenvorschlag ab und fordern alle an einem ernsthaften Klimaschutz interessierten Kräfte auf, ihre Initiative ohne Wenn und Aber zu unterstützen.

Die Volksinitiative „Weg vom Öl – hin zu erneuerbaren Energien“ der Grünen Baselland will die Ziele für die zukünftige Baselbieter Energie- und Klimapolitik festlegen: Bis im Jahr 2030 sollen mindestens 50 Prozent des gesamten Energieverbrauchs in den Bereichen Wärme, Verkehr und Strom aus erneuerbaren Quellen stammen.

Der Landrat hat am 12. März 2009 der Ausarbeitung eines Gegenvorschlags zugestimmt und dem Regierungsrat den Auftrag erteilt, eine Vorlage zu unterbreiten, die:

1. dieselben Ziele wie die Energie-Initiative, aber ohne den Bereich Verkehr und
2. denselben Zeitraum wie die Energie-Initiative verfolgt.

Hintergrund des Auftrags ist die im Landrat geäusserte Kritik von Grünen, SP, CVP/EVP und FDP an der regierungsrätlichen Energiestrategie, die das vorhandene Potential an Effizienzsteigerung im Wärmebereich und bei der Förderung der erneuerbaren Energien zur Stromproduktion bei Weitem nicht ausschöpft. Regierungsrat Krähenbühl begrüsst diesen Gegenvorschlag an der Landratssitzung explizit und bezeichnete seine frühere ablehnende Haltung dagegen sogar als „fahrlässig“.

Umso unverständlicher ist der nun vom Regierungsrat präsentierte Gegenvorschlag. Er ignoriert den Auftrag des Landrats, dass bis 2030 mindestens 50 Prozent der Gesamtenergie für Wärme- und Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen stammen soll. Demgegenüber will der regierungsrätliche Gegenvorschlag lediglich die ungenügende Vorgabe der kantonalen Energiestrategie ins Energiegesetz übernehmen, demgemäss die Zielsetzungen im Gebäudebereich bis ins Jahr 2050 erreicht werden sollen. Zudem werden im Gegenvorschlag die Etappenziele für den effizienten Einsatz von Energie und die



Nutzung von erneuerbaren Energien nicht verbindlich deklariert. Dieses Verhalten der Regierung gegenüber dem Landrat ist respektlos und zudem völlig ungeeignet, einen ernstzunehmenden Beitrag für den Klimaschutz zu leisten.

Wie der Landrat in Vergangenheit bewiesen hat, ist er bereit, in Sachen Energie- und Klimapolitik weiter zu gehen als die Regierung. Die Grünen Baselland sind deshalb zuversichtlich, dass der Landrat den völlig ungenügenden Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Weg vom Öl – hin zu erneuerbaren Energien“ ablehnt und die Initiative ohne verwässernde Alternative zur Abstimmung unterbreitet.

Vor dem Hintergrund der globalen Ereignisse – in wenigen Tagen handelt die Welt ein neues Klimaabkommen in Kopenhagen aus - demonstriert der Regierungsrat erneut seine Unfähigkeit, die Zeichen der Zeit zu erkennen.

Die Energie-Initiative der Grünen Baselland zeigt auf, wie die globalen Ziele auf lokaler Ebene umgesetzt werden können. Die Baselbieterinnen und Baselbieter verbrauchen jährlich Öl im Wert von bis zu 500 Millionen Franken. Der grösste Teil dieses Geldes fliesst ab ins Ausland. Die Grünen Baselland wollen mit der Volksinitiative „Weg vom Öl – hin zu erneuerbaren Energien“ dieses Geld in der Region investieren: in Energiespar- und Effizienzmassnahmen sowie für erneuerbare Energien. Energien von hier schaffen Arbeitsplätze im Baselbiet und sind gut für das Klima.

Kontakte:

Isaac Reber, Landrat und Vizefraktionspräsident 076 532 95 76

Philipp Schoch, Landrat und Parteipräsident 078 608 50 64